Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/521

24. 06. 87

Sachgebiet 780

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksachen 11/85, 11/86 —

Agrarbericht

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   a) Die deutsche Landwirtschaft befindet sich in ihrer schwersten Krise seit über 40 Jahren.

   Trotz dramatisch steigender Kosten entsprechen die Einkommen der deutschen Landwirte dem Stand von 1976, wobei während der Amtszeit dieser Bundesregierung der absolut stärkste Gewinnrückgang zu verzeichnen war.

   Auch im EG-Vergleich liegen die deutschen Bauern im unteren Teil der Einkommensskala; die Einkommen der niederländischen und dänischen Landwirte sind mehr als doppelt so hoch. Die von der Bundesregierung 1984 in Brüssel durchgesetzte Änderung des Systems des Währungsausgleichs ist dafür mitursächlich.

   Die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft sind enorm, der Einkommensabstand zu den gewerblichen Arbeitnehmern sowie das Einkommensgefälle zwischen dem Norden und dem Süden der Bundesrepublik Deutschland sind fast unverändert hoch.

   Die Fremdkapitalbelastung steigt weiter. Die Nettoinvestitionen gehen zurück. Fast die Hälfte der Vollerwerbslandwirte haben Eigenkapitalverluste erlitten, sie leben von der Substanz.

   b) Eine grundsätzliche Änderung dieser katastrophalen Entwicklung ist nicht in Sicht.

   Die geringfügige durchschnittliche Steigerungsrate der Gewinne im Berichtsjahr sowie die gleichfalls geringfügig

positive Vorschätzung für das laufende Wirtschaftsjahr verschleiern den wahren Tatbestand. Fast alle Betriebsformen erleiden Verluste, so vor allem die Veredelungsbetriebe mit über 50 %.

Die Folgen der Beschlüsse der EG-Agrarminister vom Dezember 1986 und März 1987 zur Anpassung des Milch- und Rindfleischmarktes sowie die Entscheidungen über die Agrarpreise 1987/88 werden vor allem bei Rindfleisch, Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen zu zusätzlichen Einkommenseinbußen führen.

c) In der EG hat sich im Berichtszeitraum die Situation weiter zugespitzt.

Überschüsse vor allem bei Milch, Rindfleisch und Getreide in einem Gesamtwert von über 25 Mrd. DM lagern in der Gemeinschaft; sie sind praktisch nicht verkäuflich und werden zu Schleuderpreisen in Drittländern oder als Tierfutter abgesetzt.

Die 1984 gegen den Widerstand der SPD eingeführte Milchquote konnte – nicht zuletzt wegen der nur mangelhaften Durchführung dieser Maßnahme – an dieser Entwicklung nichts Entscheidendes ändern. Die Milchquote brachte vielmehr wachsende Unruhe und soziale Ungerechtigkeit in die Dörfer.

Die Kosten für die EG-Marktordnungen haben eine Rekordhöhe von ca. 50 Mrd. DM erreicht. Die Eigenmittel der EG reichen zur Finanzierung dieser Beträge nicht aus, so daß die Mitgliedstaaten ein weiteres Mal durch Zuschüsse aus ihren nationalen Haushalten die Finanzierbarkeit der Gemeinsamen Agrarpolitik werden sichern müssen.

Die Agrarexportpolitik der EG hat bei stark rückläufigen Weltmarktpreisen erneut zu gefährlichen Spannungen mit den Handelspartnern, vor allem den USA, aber auch den Entwicklungsländern geführt. Drohende Handelskonflikte konnten nur mit äußerster Mühe in letzter Minute verhindert werden.

2. Der Deutsche Bundestag ist besorgt über die Konzeptions- und Hilflosigkeit der Bundesregierung bei den Verhandlungen in Brüssel und der Umsetzung der dort getroffenen Entscheidungen im nationalen Bereich, vor allem auf dem Milchsektor.

Ihre einfallslose Verhandlungsführung hat die Bundesregierung im EG-Ministerrat isoliert. Voreilige Zusagen von nationalen Hilfsmaßnahmen zum falschen Zeitpunkt haben das Verhandlungsklima zerrüttet. Bei allen wichtigen Entscheidungen ist die Bundesregierung von der Mehrheit im EG-Agrarministerrat überstimmt worden.

Die unsinnige Konfrontation mit der EG-Kommission ist schädlich für die deutschen Interessen.

Der Deutsche Bundestag hat daher Verständnis für die wach-

sende Unruhe in der deutschen Landwirtschaft, die in zahlreichen Demonstrationen ihren Ausdruck gefunden hat.

3. Der Deutsche Bundestag hält eine umgehende Kurskorrektur in der EG-Agrarpolitik für unabweisbar.

   a) Die bisherige Agrarpolitik ist gescheitert. Der ökonomische Zwang zur immer größeren Mengenproduktion führte nur zu unfinanzierbaren Überschüssen, ohne die Ziele des Marktgleichgewichts und der Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen verwirklichen zu können.

      Es bedarf einer stärker marktorientierten Ausrichtung der Agrarpolitik. Dazu gehört insbesondere eine stärker an den Erfordernissen des Marktes ausgerichtete Preispolitik sowie eine Rückführung des Instrumentariums der Intervention auf ihre ursprüngliche Funktion eines Ausgleichsmechanismus für saisonbedingte Angebotsschwankungen.

      Die marktgerechtere Preis- und Marktpolitik ist durch direkte, produktneutrale, einkommensbezogene Einkommenszahlungen zu begleiten. Soweit von den Landwirten Leistungen zur Pflege und Erhaltung von Natur und Umwelt erbracht werden, müssen diese durch Bewirtschaftungsbeiträge abgegolten werden. Die dafür notwendig werdenden Kosten sind vor allem von den Haushalten des Bundes und der EG zu tragen. Das gilt auch für Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen in Wasserschutzgebieten.

      Ausgleichszahlungen können ferner zur Förderung der Extensivierung, Umwidmung oder Aufforstung bisher intensiv genutzter landwirtschaftlicher Flächen gewährt werden.

      Besondere Bedeutung kommt auch der Einführung einer Vorruhestandsregelung zu, durch welche das Ausscheiden älterer Landwirte aus dem Beruf erleichtert werden soll. 30 % der älteren Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland sind ohne Hofnachfolger. Bei dieser Maßnahme wird jedoch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes vor allem in benachteiligten Gebieten zu berücksichtigen sein.

   b) Der Deutsche Bundestag spricht sich dagegen strikt gegen neue staatliche Eingriffe und zusätzliche bürokratische Instrumente in die Verwaltung der Agrarmärkte aus. Eine wirksame Agrarreform kann nur in mehr Flexibilität und weniger Dirigismus bestehen.

4. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

   Die Beschlüsse des EG-Agrarministerrates vom Dezember 1986 und März 1987 stellen erste wichtige Schritte zum Abbau der Überschußproduktion bei Milch und Rindfleisch dar.

   Zu begrüßen ist dabei insbesondere, daß damit der richtige Weg direkter Einkommensübertragungen eingeschlagen worden ist. Zu bedauern ist jedoch, daß diese Maßnahmen wie-

derum pauschal, ohne Berücksichtigung der Einkommenslage der Betriebe, ausgestaltet sind.

Die kürzlich von der EG-Kommission vorgeschlagenen Programme für EG-Einkommenshilfen zugunsten einkommensschwacher, lebensfähiger Betriebe sowie Rahmenbedingungen für nationale Beihilfen können diesen Reformprozeß erleichtern. Sie sind jedoch in ihrem Umfang unzureichend und in ihrer Ausgestaltung zu kompliziert.

Der Deutsche Bundestag lehnt dagegen die Vorschläge der EG-Kommission beim Währungsausgleich ab. Das gilt für den Abbau des deutschen Währungsausgleichs und die automatische Senkung der ECU-Preise. Strikt abzulehnen ist aus verbraucher-, handels- und finanzpolitischen Gründen eine Abgabe auf eingeführte und einheimische pflanzliche Öle und Fette zur menschlichen Ernährung.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

   a) für die Verhandlungen über die Vorschläge der EG-Kommission zur Festsetzung der Agrarpreise 1987/88 endlich ein konsensfähiges Verhandlungskonzept auf der Grundlage der vorgenannten Grundausrichtung zu entwickeln,

      dieses Konzept in konstruktiver Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern, insbesondere der französischen Regierung, abzustimmen, um zu mehrheitsfähigen Lösungen zu kommen und damit die bisherige Isolierung zu durchbrechen;

      alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Verwirklichung der Vorschläge zum Abbau des deutschen Währungsausgleichs und zur Aushöhlung des bestehenden Systems zu verhindern.

      Im Kompromißwege ist zunächst eine Rückkehr zum ursprünglichen System anzustreben;

      die neuen Vorschläge der EG-Kommission für gemeinschaftliche und nationale direkte, produktneutrale Einkommenszahlungen grundsätzlich positiv aufzunehmen mit dem Ziel, auf dieser Basis ein wirksames Programm zur Existenzsicherung einkommensschwacher Betriebe zu entwickeln und dabei

      — die erweiterten nationalen Spielräume bei der Durchführung einkommenssichernder Maßnahmen zu nutzen, um anstelle von Pauschalregelungen vor allem gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben zu helfen,

      — eine Renationalisierung der EG-Agrarpolitik zu verhindern;

   b) die Beschlüsse der EG-Agrarminister vom 4. März 1987 über zusätzliche agrarstrukturelle Maßnahmen, insbesondere Förderung der Extensivierung und umweltverträglicher Bewirtschaftungspraktiken, baldmöglich durchzuführen;

c) die EG-weite Einführung einer Vorruhestandsregelung für ältere Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitnehmer zu unterstützen und notfalls national zu verwirklichen,

d) Vorschläge zur Reform der landwirtschaftlichen Sicherungssysteme umgehend vorzulegen, damit noch in dieser Legislaturperiode endgültige Beschlüsse gefaßt werden können;

e) zukünftig notwendige Kostenentlastungen auf einkommensschwache, lebensfähige Klein- und Mittelbetriebe zu konzentrieren; das gilt insbesondere im Hinblick auf eine sozial gerechtere Ausgestaltung der Beitragslasten im Sozialbereich;

f) die seit 1984 geltende erhöhte Vorsteuerpauschale zum Ausgleich der durch den Abbau des deutschen Währungsausgleichs entstandenen Nachteile spätestens ab 1989 durch ein System differenzierter, produktneutraler Einkommenszahlungen zu ersetzen;

g) die Milchquotenregelung, insbesondere die jüngsten Beschlüsse zur Verringerung der Milchquote und zur Gewährung von Ausgleichszahlungen so auszugestalten, daß den deutschen Landwirten im Vergleich zu ihren Mitkonkurrenten keine Nachteile entstehen. Zusätzliche Anstrengungen müssen unternommen werden, um den am stärksten von der Milchproduktion abhängigen Betrieben sowie Junglandwirten existenzsichernde Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, ohne gleichzeitig die nationale Gesamtquote weiter zu überschreiten.

   Aus Wettbewerbsgründen ist eine EG-einheitliche Anwendung des Quotensystems unverzichtbar;

h) baldmöglich Vorschläge zur Neuordnung des Weinrechts vorzulegen, mit den Bundesländern ein gemeinsames Kontrollverfahren zu entwickeln und eine schärfere Ahndung von Gesetzesverstößen zu ermöglichen;

i) sich für die Einführung EG-weiter Bestandsobergrenzen mit Flächenbindung für die tierische Veredlung einzusetzen;

j) ein Programm für eine umweltverträgliche Landwirtschaft sowie konkrete Vorschläge für die Verwirklichung der Bodenschutzkonzeption vorzulegen;

k) wirksame Regionalprogramme zu entwickeln, um die Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume bleibend zu sichern;

l) bei der EG-Rechtsangleichung der nationalen Vorschriften für das Lebensmittelrecht nachdrücklich für eine Harmonisierung auf höchstem Niveau einzutreten;

m) die Fangmöglichkeiten der deutschen Hochseeflotte in Drittlandsgewässern, insbesondere vor Kanada und Grönland, dauerhaft zu sichern sowie der Kutterfischerei in küstennahen Gewässern ausreichende Quoten zur Verfügung zu stellen, um die Arbeitsplätze in den benachteiligten Küstenregionen zu erhalten;

n) sich bei den bevorstehenden internationalen Handelsverhandlungen im GATT für einen weltweiten gleichgewichtigen Abbau der Agrarsubventionen und des wachsenden Protektionismus im Agrarhandel einzusetzen.

Bonn, den 24. Juni 1987

Dr. Vogel und Fraktion



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333